

## Diskussionsabend zur Trinkwasser- und Pestizidfrei-Initiative in Romanshorn



Am von der CVP Arbeitsgruppe Landwirtschaft organisierten Informations- und Diskussionsabend zu den beiden Agrarinitiativen, über die wir am 13. Juni abstimmen, war die Teilnehmerzahl Corona-bedingt beschränkt. An der Kantonsschule Romanshorn trafen sich 40 Teilnehmende. 215 weitere Interessierte nutzten die Gelegenheit, den Anlass per Livestream direkt mitzuverfolgen und Fragen zu stellen. CVP Thurgau-Vizepräsidentin Sandra Stadler moderierte den Anlass charmant und engagiert.

Nationalrat Markus Ritter, Bio-Bauer und Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes beleuchtete im Einstiegsreferat, was die Initiativen beinhalten und warum sie abgelehnt werden müssen.

### Trinkwasser-Initiative hätte gemäss wissenschaftlichen Studien negativen Effekt auf die Umwelt

Die Trinkwasser-Initiative will allen **Betrieben die Direktzahlungen streichen, welche Pflanzenschutzmittel einsetzen oder Futter für ihre Tiere zukaufen**. Davon ist auch der Biolandbau betroffen. Die Forderung der Initiative, ausschliesslich Schweizer Labelprodukte anzubieten, widerspricht der Nachfrage des Marktes und der Entscheidungsfreiheit des Konsumenten. Mehr als die Hälfte der rund 300'000 **Arbeitsplätze** in der Land- und Ernährungswirtschaft **wären direkt betroffen oder gefährdet**. Eier, Schweine- oder Geflügelfleisch aus Schweizer Produktion werden zu Luxusprodukten oder verschwinden, weil die Initiative die unternehmerische Tätigkeit der Landwirte enorm einschränkt und die **Produktionskosten** in die Höhe treibt. Bei verschiedenen Kulturen im Pflanzenbau wäre das **Anbaurisiko** nach einer Annahme der Initiative zu gross. Dadurch würde die Verfügbarkeit von einheimischen Lebensmitteln gemäss Agroscope um mindestens 30 Prozent sinken. Bauernfamilien müssten die genannten Produktionszweige in der Tier- und Pflanzproduktion aufgeben oder **auf Direktzahlungen verzichten**. Das wäre insofern **kontraproduktiv**, da sie den ökologischen Leistungsnachweis, an den die Direktzahlungen heute gebunden sind, nicht mehr erbringen müssten. Dafür hat Markus Ritter nur einen Begriff: Mogelpackung.

### Pestizidfrei-Initiative: Parlamentarische Initiative zielführender, sie setzt verbindliche Ziele

Die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» will die **synthetischen Pestizide in der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft gesamthaft verbieten**. Konsequenterweise dürften nur noch Lebensmittel importiert werden, die ohne synthetische Pestizide produziert worden sind. Damit würde die Schweiz die **WTO-Verpflichtungen verletzen**. Zudem hätten die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten **keine Auswahl mehr** und müssten gesamthaft auf diese «Art» von Labelprodukten umstellen. Um den Bedarf der Lebensmittelindustrie in der Schweiz an Kaffee und Kakao zu decken, wären 21 Prozent der weltweiten Bio-Kaffee- und 50 Prozent der weltweiten Bio-Kakaoproduktion notwendig. Die Importauflagen würden die Lebensmittelhersteller zwingen, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern. Das **Essen in der Schweiz würde massiv teurer**, weil die zusätzlichen Anforderungen preissteigernd wirken. Zudem würde der Einkaufstourismus zunehmen, weil die Auflagen nur für die Schweiz gelten. Die Lebensmittelindustrie ist für die Reinigung ihrer Anlagen auf synthetische Biozide angewiesen, die ebenfalls verboten würden. Ohne diese Reinigungsmittel/Biozide ist eine einwandfreie **Lebensmittelqualität gefährdet** und die **Haltbarkeit der Produkte sinkt**. Der Verzicht auf Herbizide erfordert eine mechanische Unkrautbekämpfung. Die

Verwendung von biologischen Pflanzenschutzmitteln erfordert mehr Behandlungen. Das führt zu einem häufigeren Befahren der Felder und damit zu **höheren Kosten** und **höheren CO<sub>2</sub>-Emissionen**. Mehr Ertragsausfälle und schlechtere Haltbarkeit erhöhen den **Foodwaste**.

### **Fazit von Nationalrat Markus Ritter: 2 x Nein zu den extremen Agar-Initiativen**

Die Umsetzung des **Aktionsplans Pflanzenschutz** mit messbaren Zielen und 51 konkreten Massnahmen sowie die **Parlamentarische Initiative** mit den verbindlichen Zielen zur Senkung der Risiken des Pflanzenschutzmitteleinsatzes und der Nährstoffverluste sind **glaubwürdige Antworten auf die beiden Initiativen**. Sie sorgen dafür, dass die Belastung der Gewässer, des Trinkwassers und der natürlichen Lebensräume abnimmt, ohne dass sich die Land- und Ernährungswirtschaft sowie die Konsumentinnen und Konsumenten die schwerwiegenden Nachteile der Initiativen einhandeln.

### **Gesamtheitliche Sicht nötig, Landwirtschaft und Gesellschaft müssen sich gemeinsam bewegen**

Biolandwirt und Umweltingenieur Peter Schweizer stellte in seinem Referat als Fachexperte den Pflanzenschutz aus unterschiedlichen Blickwinkeln dar. Bei der ganzen Diskussion spielen Emotionen eine grosse Rolle, weil Wasser und Essen für alle elementar wichtig sind.

Aus **gesellschaftlicher Sicht** ist festzustellen, dass chemisch-synthetische Stoffe überall zu finden sind: Im Trinkwasser, in Tieren, im Urin usw. Diese Stoffe stammen aus den verschiedensten Bereichen unseres Konsums und unserer Lebensweise. Die Kosten für die Schäden trägt die Gesellschaft. Jede Konsumentin und jeder Konsument muss sich die Frage stellen, ob der eigene Konsum mit den Forderungen der Initiativen übereinstimmt. Zentral ist deshalb die Frage, wie die zukünftige Ernährung aussieht.

Aus **landwirtschaftlicher Sicht** erfolgt die Anwendung der Hilfsstoffe korrekt und steht in engem Zusammenhang mit den hohen Qualitätsansprüchen an die Produkte. Die Landwirtschaft fühlt sich an den Pranger gestellt. Unbestritten ist, dass bei Anbautechnik, Sortenzucht, Nützlingseinsatz und alternativen Anbaumethoden ein grosses Potenzial an Möglichkeiten ausserhalb des chemisch-synthetischen Pflanzenschutzes besteht. Das setzt langjährige Anstrengungen in Forschung und Ausbildung voraus.

Die **Sicht der Umwelt** ist nochmals eine andere. Beim Trinkwasser gibt es einen Grenzwert von 0,1 Mikrogramm für Wirkstoffe und deren Abbauprodukte je Liter Wasser, also den 10 Millionsten Teil eines Grammes. Die Messtechnik hat sich in den letzten Jahren enorm verfeinert und die Dimension der gemessenen Stoffe ist kaum vorstellbar. Das Vorhandensein von Stoffen in auch noch so kleinen Mengen, führt jedoch zu grossem Unbehagen. Alle Pflanzenschutzmittel müssen zugelassen werden. Die Frage stellt sich, ob diese Zulassungsverfahren noch aktuell sind, wenn die Landwirte die Pflanzenschutzmittel regelkonform anwenden und trotzdem Rückstände im Trinkwasser festgestellt werden.

**Fazit:** Die Pflanzenschutz- oder Trinkwasserproblematik sieht aus jeder einzelnen Sicht anders aus. Eine gesamtheitliche Sicht ist notwendig. Landwirtschaft und Gesellschaft müssen sich gemeinsam bewegen. Es braucht Regeln, welche neu auszuhandeln sind.

### **Kanton Thurgau wäre bei einer Annahme der Initiativen stark betroffen**

Ueli Bleiker, Chef des Thurgauer Landwirtschaftsamtes, erläuterte die Situation im Zusammenhang mit den beiden Initiativen im Kanton Thurgau als zweiter Fachexperte. Er zeigte auch auf, welche zwei Massnahmen der Kanton ergriffen hat, um die Umweltbelastung durch den Pflanzen-

schutzmitteleinsatz konkret zu reduzieren. **Unser Kanton mit überdurchschnittlich hohem Anteil an der Schweineproduktion sowie den vielen Pflanzenschutz-intensiven Spezialkulturen (Obst, Beeren, Reben, Gemüse), wäre durch die Annahme der beiden Initiativen überdurchschnittlich stark betroffen.**

Im Projekt **Aquasan** werden an zwei Gewässern die Einträge von Pflanzenschutzmitteln gemessen, um zu lernen, wo genau die Probleme liegen. Im Perimeter von 2000 ha finden diese Beobachtungen statt. Wir müssen feststellen, die Risiken von Punkteinträgen, wie Füllplätze und Hofentwässerungen, wurden unterschätzt, die Feldapplikation aber überschätzt.

Im Projekt **Pflop** arbeiten gegenwärtig 60 Betriebe in mehreren Kantonen mit der Beratung zusammen, um betriebsbezogene Pflanzenschutzmittel-Anwendungsoptimierungen zu finden und umzusetzen.

### Hochkarätiges Podium mit Nationalrat Kurt Egger als einzigem Befürworter



Das Podium mit den Nationalräten Kurt Egger (Grüne), Markus Ritter (Die Mitte – CVP) und Manuel Strupler (SVP) sowie Jürg Hess (Präsident Schweizer Obstverband) und Christian Neuweiler (Präsident IHK TG) nahm zwischen den Referaten zu den Fragen von Moderatorin Sandra Stadler und Zuschauern Stellung. Die Diskussion wurde rege benutzt. Fragen und Stellungnahmen forderten speziell die Befürworter. «Wer ist bereit, die Mehrarbeit in der Landwirtschaft zum Mindestlohn von um die 3000 Franken im Monat zu leisten?» Im Abschluss stellte nicht nur Markus Ritter fest: **Die Schweizer Bauern wollen keine Öko-Planwirtschaft. Der Konsument hat es jetzt schon in der Hand, Bioprodukte einzukaufen.**

Berichterstattung: Stephan Pfefferli und Paul Wirth